

Frage des Tages

Sollen Schüler bei Klimastreiks unbegründete Absenzen erhalten?

Schüler in Basel bekommen wie im Kanton St. Gallen beim Klimastreik eine Absenz (Seite 20). www.baz.ch

Das Ergebnis der Frage von gestern:

Finden Sie den Rückzug von Beat Jans gut?



SVP-Falschdrücker machen Linke froh

Dank Panne überwies Parlament Planungsmoratorium für den Westring in einer ersten Abstimmung an Regierung

Von Martin Regenass

Basel. Sie hätten bereits gestern mit 47 zu 46 Stimmen vom Tisch sein können: die Moratoriums-Scheuklappen der SP, der Grünen sowie von zwei Grünliberalen für den Westring. Im Grossen Rat erhielten die Linken bei der Abstimmung über ein Denkverbot zu diesem möglichen Autobahnringchluss im Westen von Basel allerdings Schützenhilfe von unerwarteter Seite. Vier SVPLer drückten aus Versehen den Nein- anstatt den Ja-Knopf, und so standen 50 Ja-Stimmen 43 Nein-Stimmen gegenüber. Somit geht die Forderung von SP-Grossrätin Danielle Kaufmann über ein Planungsverbot des Westrings an den Bau- und Verkehrsdirektor Hans-Peter Wessels (SP). Dieser hat nun drei Monate Zeit, um dem Grossen Rat zu berichten, ob und wie er dieses in einer ersten Stufe verlangte Denkverbot umzusetzen gedenkt. Im April muss der Grosse Rat dann ein zweites Mal über diese Forderung nach einer Gesetzesänderung abstimmen.

Die vier Fehlbaren, sie sitzen in den Bänken alle nebeneinander, zeigten sich gestern reuig. Lorenz Amiet sprach von einer Kettenreaktion, der er und seine drei Parteikollegen verfallen seien. «Jemand hat den falschen Knopf gedrückt und die anderen sind gefolgt. Wir haben uns verhalten wie Lemminge.» Felix Wehrli nahm die Schuld auf sich. «Ich habe mich draussen mit einem Journalisten unterhalten und war bei der Rückkehr in den Saal beim Abstimmen unkonzentriert. Da habe ich den falschen Knopf erwischt.» Wehrli will im April bei der zweiten Abstimmung dann besser aufpassen, damit sich dieser Fauxpas nicht wiederholt. «Erst dann würde die Motion ihre volle Wirkung entfalten.» Neben Amiet und Wehrli gehörten auch Christian Meidinger und Rudolf Vogel zu den Falschdrückern.

Schadenfreude bei der SP

Ganz nach dem Sprichwort, «Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen», reagierten auf diesen Fehler andere Grossräte. SP-Grossrätin Sarah Wyss etwa platzte nach der Abstimmung lachend ins Vorzimmer des Ratsgebäudes hinein. «Die haben doch tatsächlich falsch abgestimmt. Das gibts doch nicht.» Oder SP-Grossrätin Barbara Heer sagte mit etwas Schadenfreude: «Pech für die Bürger-



«Wir haben uns verhalten wie Lemminge.» Christian Meidinger, Felix Wehrli, Rudolf Vogel und Lorenz Amiet (von oben links im Uhrzeigersinn) drückten bei der gestrigen Abstimmung zum Planungsverbot des Westrings auf den falschen Knopf.

lichen, Glück für uns. Es war wichtig, dass die Motion an die Regierung überwiesen worden ist.»

Auf bürgerlicher Seite war natürlich Ärger das dominierende Gefühl, nachdem es die vier SVPLer verpasst hatten,

den Sack zuzumachen. GLP-Grossrätin Katja Christ, die mit einem Votum leidenschaftlich für ein Nein kämpfte, sagte: «Das hat mit Unaufmerksamkeit und Unkonzentriertheit zu tun und passiert, wenn jemand falsch drückt und

die anderen anschauen. Im Rückblick fühle ich mich um meine Zeit für das Votum betrogen. Ich hätte es genauso gut sein lassen und mir die Worte sparen können.» Im Votum sprach Christ darüber, dass sich die Region auch in

Verkehrsfragen weiterentwickeln müsse. «Wir werden landesweit damit konfrontiert, dass die Autobahnen auf mehr Spuren ausgebaut werden. Da kann es nicht sein, dass wir hier in Basel zum Nadelöhr werden.»

Wessels parteiintern isoliert

Der SP-Baudirektor Hans-Peter Wessels war gestern der Einzige seiner Partei im Saal, der gegen die Überweisung war. Er will sich Abklärungen über dieses mögliche Autobahnstück im Westen der Stadt nicht verschliessen. «Wir müssen anschauen können, ob dieser Ringschluss überhaupt Sinn macht.» Wessels betonte, dass der Westring noch nicht in Planung sei, sondern dass das Bundesamt für Strassen (Astra) in einem ersten Schritt eine Zweckmässigkeitsprüfung machen wolle. «Mir wäre es daher lieber, wenn wir die Debatte von heute erst in ein bis zwei Jahren führen würden», sagte Wessels.

Ob dieser Autobahnabschnitt im Westen der Stadt, der die Ost- mit der Nordtangente verbindet und die Quartiere vom Durchgangsverkehr entlasten könnte, überhaupt zustande komme, sei zurzeit völlig offen. «Ebenso ist offen, ob der Westring überhaupt das Territorium von Basel-Stadt berührt», sagte Wessels. Würde die Motion von Kaufmann überwiesen, würde das Astra eine mögliche Planung nur noch mit dem Kanton Baselland angehen. «Das fällt dann nicht zugunsten des Kantons Basel-Stadt aus. Wir müssen uns beim Westring einbringen und unsere Sicht der Dinge darlegen können.»

Motionärin Danielle Kaufmann wehrte sich gegen das Wort Denkverbot. «Das Gegenteil ist der Fall. Wir wollen, dass der Regierungsrat weiter denkt und Lösungen für die Verkehrsproblematik des motorisierten Individualverkehrs präsentiert.» Dies dürfe gemäss Kaufmann allerdings nicht eindimensional passieren, indem die Regierung zum Schluss käme, dass dem Bevölkerungswachstum nur mit dem Bau von Strassen und Parkplätzen beizukommen sei.

«Wir müssen uns zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs Gedanken machen», sagte Kaufmann. So sei der Bau der S-Bahn-Durchmesserlinie Herzstück auf ein unbekanntes Datum verschoben, da der Bund offenbar lieber Autobahnen auf sechs Spuren ausbaue. Gemäss Kaufmann sind das allerdings «falsche Prioritäten.»

Energiestrategie 2050 in der Kritik

Eine Tagung am Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum der Universität Basel fühlte der Schweizer Energiepolitik auf den Zahn

Von Alex Reichmuth

Basel. 2017 segnete das Schweizer Volk das neue Energiegesetz und damit den ersten Teil der Energiestrategie 2050 ab. Zentral sind dabei das Verbot für den Bau neuer Atomkraftwerke und der Vorsatz, den wegfallenden Atomstrom durch Elektrizität aus sogenannter neuer erneuerbarer Energie zu ersetzen, also vor allem durch Wind- und Solarstrom. Aus Sicht der Kritiker dieser «Energiewende» sind die Pläne aber weltfremd, und die Schweiz läuft ihrer Meinung nach auf Situationen chronischer Stromknappheit zu.

Im Carnot-Cournot-Netzwerk haben sich Skeptiker der «Energiewende» organisiert. Unter Federführung des Basler Ökonomeprofessors Silvio Borner lud das Netzwerk zu einer Tagung zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 am Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrum der Uni Basel.

Leistungsdichte entscheidend

Substanz hatten an der Tagung vor allem drei Referate zu den Chancen und Risiken der Energiewende. Horst-Joachim Lüdecke, Physiker und Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, beleuchtete in seinem Beitrag naturgesetzliche



Fehlende Speicher. Fotovoltaikanlage in Neuendorf (SO). Foto Keystone

Schranken der erneuerbaren Energien. Er zeigte auf, dass bei den verschiedenen Stromerzeugungsformen die sogenannte Leistungsdichte ein entscheidendes Kriterium ist. Diese besagt, wie viel Energie pro Sekunde durch einen Querschnitt von einem Quadratmeter fliesst. Wind-, Solar- und geothermischer Strom fallen durch tiefe Leistungsdichten auf. Bei ihnen muss eine grosse Fläche bewirtschaftet

werden, um eine bestimmte Energieleistung zu bekommen. Beispielsweise sind grosse Flächen an Solarpanels oder an überstrichenen Windrotorflächen notwendig, um nennenswerte Energiemengen einzufangen. Entsprechend materialintensiv und damit umweltschädigend ist deren Nutzung.

Bei Energieformen wie Wasser-, Kohle- oder Kernkraft ist die Leistungsdichte enorm viel grösser, man denke etwa an den Turbinenquerschnitt von Wasserkraftwerken. Entsprechend genügen kleine Flächen, um viel Energie zu gewinnen. Der technologische Fortschritt zeige sich bei den Energieträgern in einem Trend zu immer grösseren Leistungsdichten und damit zu immer kleinerer Umweltbelastung, sagte Lüdecke. «Sogenannte sanfte Energien sind eben solche mit geringer Leistungsdichte, was grosse Zubaufächen, viel Material und hohe Umweltbeeinträchtigung bedeutet.»

Bernd Schips, Ökonom und Professor an der ETH Zürich, diskutierte die Frage, wie die künftige Stromlücke infolge des wegfallenden Atomstroms gestopft werden kann. Auf eine Reduktion des Strombedarfs dürfe man kaum hoffen, würden doch immer mehr Lebensbereiche elektrifiziert, wie etwa der motorisierte Verkehr. Auf einen

namhaften Zusatzbeitrag von Strom aus Wasserkraft, Biomasse und Geothermie könne man ebenfalls nicht zählen, so Schips, da deren Potenzial begrenzt sei. Bei Solar- und Windkraftanlagen bestünden die Probleme darin, dass die Bevölkerung Widerstand gegen deren grossflächigen Einsatz leiste, und der unregelmässig anfallende Strom nicht in genügendem Mass gespeichert werden könne.

Brückentechnologie Kernenergie

Auf Stromimporte könne man sich ebenfalls nicht verlassen. Die Stromlücke könne zwar durch den Bau von Gaskraftwerken behoben werden, allerdings stelle sich hier die Frage der Finanzierbarkeit, und es entstehe ein Zielkonflikt zu den CO₂-Zielen. Schips appellierte an die Ehrlichkeit: Das Problem der Stromversorgung müsse unvoreingenommen analysiert werden.

Nick Zepf, Maschinen- und Betriebsingenieur bei Axpo, präsentierte eine aktualisierte Bilanz zur Energiestrategie 2050. Sein Schluss lautete, dass die Produktionsannahmen der Strategie bis 2040 nur deshalb eingehalten werden können, weil die Kernkraftwerke zehn Jahre länger als angenommen Strom produzieren werden. «Die Kernenergie ist die zentrale Brückentechnologie», so

Zepf. 2050 aber werde gemäss den Annahmen 15 Prozent weniger Strom produziert als in der Strategie vorausgesagt. Das bedeute, dass die Schweiz dann während acht von zwölf Monaten Strom importieren müsse. Im Januar und Dezember betrage der Importbedarf sogar 40 bis 50 Prozent.

Mit Fotovoltaik lasse sich das Winterproblem nicht lösen, und Wind und Geothermie, die helfen könnten, seien kaum akzeptiert. «Eine realistische Überprüfung der Energiestrategie 2050 ist zwingend notwendig», lautete Zepfs Schluss. Dieser dürfte bei den über hundert Zuhörern überwiegend auf Zustimmung gestossen sein.

ANZEIGE



www.trottoirerhalt.ch